

Panajotis Kondylis

Planetarische Politik
nach dem
Kalten Krieg

Panajotis Kondylis

Planetarische Politik
nach dem
Kalten Krieg



Akademie Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kondylis, Panajotis:

Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg / Panajotis Kondylis. – Berlin: Akad.-Verl., 1992

ISBN 3-05-002363-5

© Akademie Verlag GmbH, Berlin (1992)

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorarm gebleichtem Papier.

Satz: K+V Fotosatz GmbH, D-6124 Beerfelden

Druck: Strauss Offsetdruck GmbH, D-6945 Hirschberg 2

Bindung: Verlagsbuchbinderei Georg Kränkl, D-6148 Heppenheim

Printed in the Federal Republic of Germany

Hin- und Nachweise

Eine nähere Erörterung des Begriffes der Massendemokratie, der für die Analysen dieser Schrift grundlegend ist, findet sich in meiner Arbeit *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform* (Weinheim 1991). Die Überlegungen zur Zukunft des Krieges (Abschn. III) knüpfen an die theoretischen und kriegsgeschichtlichen Ergebnisse meines Buches *Theorie des Krieges* (Stuttgart 1988) an. Schließlich sei zur Frage der Antiquiertheit der politischen Begriffe (Abschn. IV) auf die sozial- und geistesgeschichtlichen Ausführungen meiner Monographie *Konservatismus* (Stuttgart 1986) hingewiesen.

Der Abschnitt IV und die beiden Teile vom Abschnitt V wurden in gekürzter Form und unter anderen Titeln in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 5. 10. 1991, 12. 2. 1992 und 25. 4. 1992 veröffentlicht.

P.K.

Inhalt

Hin- und Nachweise V

- I. Planetarische Politik im massendemokratischen Zeitalter 1
 - 1. Form und geschichtliche Phasen planetarischer Politik 1
 - 2. Die Ökonomisierung des Politischen 20
 - 3. Ende oder Funktionswandel der souveränen Staatlichkeit? 28
 - 4. Offenheit der Konstellationen 37
 - 5. Von der Ökonomisierung zur Biologisierung des Politischen? 48
- II. Nationalismus zwischen radikalierter Tradition und massendemokratischer Modernisierung 59
- III. Die neue Gestalt des warmen Krieges 75
- IV. Die Antiquiertheit der politischen Begriffe 91
- V. Planetarische Politik und universale Ethik 105
 - 1. Die philosophische Wendung zum ethischen Universalismus 105
 - 2. Die politischen Schattenseiten der Menschenrechte 112
- VI. Was war der Kommunismus? 121

I. Planetarische Politik im massendemokratischen Zeitalter

1. Form und geschichtliche Phasen planetarischer Politik

Bei Versuchen, ihren geschichtlichen Standort zu bestimmen und sich ihre geschichtlichen Perspektiven auszumalen, bemühen sich die jeweiligen Subjekte in der Regel um möglichst genaue Prognosen von Abläufen und Ereignissen, so, als ob sie die Zukunft mit Händen greifen möchten und könnten. In solche Prognosen fließen vielfach Ängste und Hoffnungen mit ein, ja es läßt sich in vielen Fällen beobachten, daß je konkreter sich die Prognosen ausnehmen, sie desto mehr Ausgeburten von erhebenden oder deprimierenden Gefühlen sind. Menschen streben möglichst genaue Prognosen deshalb an, weil sie vor allem wissen wollen, wie sie sich verhalten oder worauf sie sich gefaßt machen sollen. Prognosen stellen insofern vorweggenommene Taten dar, und der praktische Impetus wirkt dabei so stark, daß die eher engen Grenzen geschichtlicher Vorhersehbarkeit unbedacht übersprungen werden. Als grundsätzlich unvorhersehbar muß jedenfalls die Geschichte von Ereignissen und Ereignisketten gelten, was für die Praxis bedeutet, daß im Hinblick auf künftiges Handeln kaum detaillierte Anwei-

sungen erteilt werden können und daß dieses Handeln schließlich dem »Takt des Urteils« überlassen werden muß, wie der große Kriegstheoretiker es formuliert hat. Denkbar ist aber eine mehr oder weniger sachgerechte Erfassung des Charakters jener Triebkräfte und jener geschichtlich aktiven Subjekte, die durch ihr Wirken und ihre Begegnungen die Vielfalt der Ereignisse ins Leben rufen und somit den Bereich möglichen Handelns abstecken. Künftiges Geschehen ist mit anderen Worten nur als Form und Möglichkeit, nicht als Inhalt und Ereignis erkennbar, und der Beitrag solcher Erkenntnis zur Praxis besteht darin, daß sie den »Takt des Urteils« üben und verfeinern, ihn aber weder erzeugen noch ersetzen kann.

Eine zukunftsorientierte Lagebeschreibung, die an die Stelle des undankbaren Versuches einer Voraussage von Ereignissen treten will, muß jene Aspekte der relevanten geschichtlichen Faktoren herauskehren, denen sie ereignisbildende Kraft zutraut. Sie muß also die Besonderheit der Lage aufspüren und, wenn geschichtliche Kontinuitäten vorliegen, die Wandlungen der dabei vorkommenden Konstanten begreiflich machen. Die geschichtliche Kontinuität planetarischer Politik erstreckt sich über die ganze Neuzeit, d. h. solche Politik nimmt seit der Zeit der großen Entdeckungen und im Zuge der Herausbildung des Kolonialsystems und des Weltmarktes geschlossene und kontinuierliche Form an, ja im eigentlichen Sinn entsteht sie erst jetzt. In früheren Zeiten gab es zwar auch die Vorstellung einer umfassenden Ökumene, in der politischen Wirklichkeit – auch in jener der großen Imperien – wurde aber die Eine Ökumene in zwei, drei oder mehrere praktisch relevante Ökumenen aufgeteilt, die miteinander kaum oder höchstens durch Friktionen an der Peripherie verkehrten. Die römische Ökumene blieb schließlich trotz langwieriger Kämpfe eine andere als die der Parther, genauso wie später die arabische und die fränkische Welt nach gewaltsamer Festsetzung der Grenze zwischen ihnen lange Zeit in nebeneinander existierenden und im Grunde geschlossenen politi-

schen Räumen haben leben können – von den (euro)asiatischen oder amerikanischen Ökumenen zu schweigen. Das weltgeschichtliche Novum seit dem 16. Jh. bestand im Aufkommen von Mächten, deren praktisch relevante Ökumene den ganzen Planeten umfaßte, deren Interessen sich also auf jeden Ort des Planeten ausdehnten oder wenigstens ausdehnen konnten, falls die Konkurrenz oder die Eigendynamik der Expansion dies erforderten. Politik wird in dem Maße planetarisch, wie Entwicklungen an jedem beliebigen Ort des Planeten die Kräfte und die Handlungsbereitschaft von interessierten Mächten mobilisieren können – wie keine Entwicklung und kein Ort von vornherein und auf immer als uninteressant für bestimmte Mächte gelten können.

Zwei Punkte sind dabei zu beachten. Erstens, der planetarische Charakter der Politik ergibt sich nicht aus der Unterwerfung des politischen Handelns urbi et orbi unter bestimmte Normen, die universelle Anerkennung finden. Vielmehr verhält es sich umgekehrt: Normen mit universellem Charakter oder wenigstens universellem Anspruch entstehen als ideelle Begleiterscheinungen von politischen Phänomenen planetarischen Umfangs und sollen den Verkehr zwischen planetarischen Mächten zumindest in Zeiten regeln, die nach dem jeweils allgemeinen Empfinden normal sind. Diese Normen werden von den Mächten festgesetzt, die planetarische Politik in dieser oder jener Intensität treiben können, also von den Subjekten und nicht von den Objekten planetarischer Politik. Denn, zweitens, planetarische Politik bedeutet nicht, daß alle Nationen, Völker oder Staaten das planetarische Geschehen in seinem ganzen Umfang aktiv gestalten oder daß diejenigen, die sich an der Gestaltung dieses Geschehens aktiv beteiligen, es gleichermaßen und in gleicher Weise tun. Planetarische Politik schafft aber eine Lage, in der sich alle Seiten gezwungen sehen, ihr politisches Verhalten mehr oder weniger, direkt oder indirekt eingedenk der Konstellation der Kräfte auf dem ganzen Planeten festzulegen, obwohl der Aktionsradius der Mächte unterschiedlich groß ist. Große Mächte, die als aktive Sub-

jekte planetarischer Politik den Namen »planetarische Mächte« verdienen, müssen ohnehin immer mit Rücksicht auf die planetarische Lage und auf die planetarischen Folgen ihres Tuns handeln. Aber selbst Mächte, die von ihrem geopolitischen und wirtschaftlichen Potenzial her nur auf regionaler Ebene aktive Außenpolitik treiben können, müssen die planetarische Konstellation zumindest insofern im Auge behalten, als eine oder mehrere planetarische Mächte vitale Interessen in der betreffenden Region haben. Die freundliche oder feindliche, aber unvermeidliche Berührung von mittleren und kleineren Mächten mit planetarischen Mächten stellt die Art und Weise dar, wie sich die ersteren am planetarischen Geschehen beteiligen. Die herrschenden Weltverhältnisse spiegeln sich in jeder Region des Planeten in der Konstellation wider, die sich aus der dortigen Anwesenheit der planetarischen Mächte sowie aus den damit zusammenhängenden Aktionen und Reaktionen der lokalen Mächte ergibt. So kommt es dazu, daß es bei relativ großer Dichte planetarischer Politik kaum internationale Politik auf regionaler Ebene ohne planetarische Aspekte und Implikationen gibt. Wie die planetarischen Mächte die Eigenständigkeit von regionalen Angelegenheiten und regionalen Ansprüchen nicht gelten lassen können, so suchen die regionalen Mächte ihrerseits, insofern sie inzwischen nicht zum Anhängsel einer planetarischen Macht geworden sind, das gerade bestehende Verhältnis zwischen den planetarischen Mächten zu ihren Gunsten auszunutzen, wodurch sie gewollt oder ungewollt zur Planetarisierung regionaler Politik beitragen.

Die so umrissene formale Struktur der Beziehungen zwischen größeren, mittleren und kleinen Mächten läßt sich auch in vorplanetarischen Epochen wiederfinden. Konstellationen, die in einer der früheren Ökumenen oder sogar im kleinen Universum der griechischen Stadtstaaten auftauchen, wiederholten sich oft – jedenfalls als formale Strukturen gesehen – in der planetarischen Neuzeit, in der allerdings infolge der drastischen Wandlung des sozialen Charak-

ters der politischen Subjekte die Tragweite des politischen Geschehens die äußersten Grenzen des irdischen Raums erreichte. Diese Feststellung bekräftigt unsere These, eine Beschreibung von Konstanten und von möglichen Konstellationen derselben im Rahmen heutiger planetarischer Politik ohne eine sozialgeschichtliche Klärung des Charakters der handelnden politischen Subjekte reiche zur adäquaten Erfassung der gegenwärtigen Weltlage nicht aus. Es ist mit anderen Worten nicht entscheidend, den Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Struktur zu registrieren und dann zu mutmaßen, wer welchen Pol besetzen wird, wobei man in die Nähe der prekären und subjektiv gefärbten Prognosen geraten könnte, von denen eingangs die Rede war. Solche Übergänge sind kein geschichtliches Novum und nicht in ihnen liegt das vorwärtstreibende und spannungsreiche Element der gegenwärtigen Phase planetarischer Politik; vielmehr stellen sie in ihrer heutigen Gestalt Symptome und Erscheinungsformen von tiefergehenden Vorgängen dar, die sich erst durch eine Analyse des Charakters der Subjekte gegenwärtiger planetarischer Politik ermitteln lassen. Genausowenig bringt uns die Banalität weiter, die Entfaltung der Technik, und insbesondere der Informatik und der Telekommunikation, habe den Planeten kleiner, die gegenseitige Abhängigkeit größer und die Zusammenarbeit notwendiger gemacht. Zweifelsohne hat planetarische Politik heute eine Dichte erreicht, die keine Präzedenzen und Analogien aus der fernen oder jungen Vergangenheit kennt, dennoch geht diese Dichte nicht einfach auf die Automatik der Technik zurück, sondern sie hängt mit sozialgeschichtlichen Entwicklungen zusammen, in denen die technische Entwicklung ihrerseits eingebettet ist. Nicht jedes beliebige Netz zwischenmenschlicher Beziehungen bringt solche Technik hervor und nicht jedes läßt sich in seiner Ausgestaltung durch solche Technik beeinflussen.

Eine retrospektive Betrachtung und eine sachgemäße Periodisierung neuzeitlicher planetarischer Politik zeigen uns in der Tat, daß sich ihre großen Phasen nicht etwa durch das

Umschlagen von uni- oder bipolaren Strukturen in multipolare und umgekehrt kennzeichnen lassen, sondern vielmehr durch unterschiedliche Dichtegrade, wobei sich die jeweils charakteristische Steigerung der Dichte an Wendepunkten vollzieht, die Wandlungen des sozialgeschichtlichen Charakters der politischen Subjekte markieren. Diese Feststellung impliziert kein theoretisches Plädoyer für den Primat der Innenpolitik, und zwar in dem Sinne, wie er oft seitens »progressiver« Historiker behauptet wurde. Denn damit ist nicht gemeint, daß erst bestimmte Entwicklungen im Inneren der politischen Einheiten das außenpolitische Machtstreben als solches und überhaupt in Gang setzen, welches ausbleiben würde, wenn seine Träger dadurch nicht ihre innenpolitische Position festigen wollten. Die Innenpolitik bedingt zwar Mittel und Wege der Außenpolitik, sie bestimmt, wer die Außenpolitik in die Hände nehmen und sie dabei auch innenpolitisch ausnutzen wird – die Notwendigkeit, Außenpolitik zum Ziel der Erhaltung und der Festigung der Macht der betreffenden politischen Einheit innerhalb des jeweils relevanten politischen Universums zu treiben, liegt aber der Entscheidung über den konkreten Träger außenpolitischer Verantwortung voraus und insofern bleibt sie eine unabhängige Konstante. Wer die Außenpolitik lenkt, *muß* dem genannten obersten Ziel dienen, er *kann* aber ihm nicht anders als durch die Mittel und Wege dienen, die seinem sozialpolitischen Wesen eigen sind. Ungeachtet der Gründe, die außenpolitisches Machtstreben als solches und überhaupt ins Leben rufen, schlägt sich also dieses in Formen nieder, die dem sozialpolitischen Charakter des politischen Subjekts bzw. der in ihm tonangebenden Gruppe oder Klasse entsprechen. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem sich eine Parallelität zwischen den großen Phasen planetarischer Politik und den entscheidenden Wandlungen in der Sozialgeschichte der Neuzeit herausarbeiten läßt.

Die erste dieser großen Phasen beginnt mit den Entdeckungsreisen, den Eroberungszügen und dem Ausbau des Kolonialhandels im 16. Jh. und dauert bis zur industriellen

und liberalen Revolution. Während der drei Jahrhunderte, die diese Zeitspanne ungefähr umfaßt, sind die Subjekte der planetarischen Politik oder die planetarischen Mächte im großen und ganzen ständische Staaten mit starken feudal-patriarchalischen Zügen, die den absolutistischen und merkantilistischen Tendenzen die Waage halten. Der relativen Lockerheit ihrer inneren Organisation und den begrenzten Bedürfnissen ihrer noch immer größtenteils agrarischen und autarken Wirtschaft entspricht der lockere Charakter des frühen Kolonialsystems und die geringe Dichte planetarischer Politik überhaupt. Die gerade entstehenden modernen Staaten verfügen über die Verwaltungsapparate, die ihnen eine wirksame Kontrolle über den gesamten planetarischen Raum gestatten würden, genauso wenig wie sie imstande sind, ihr eigenes Territorium einer einheitlichen und alle Lebensbereiche umfassenden Gesetzgebung zu unterwerfen. Und wie in ihrem Inneren die Stätten des Neuen in Wirtschaft und Verwaltung den Eindruck von größeren oder kleineren Inseln im Meer des ständischen Patriarchalismus hinterlassen, so bilden auch die wirtschaftlichen und militärischen Niederlassungen der planetarischen Mächte auf den verschiedenen Kontinenten die Knoten eines weitmaschigen Netzes und wirken wie verstreute Vorposten innerhalb eines größtenteils unerforschten, exotischen, ja zauberisch-unwirklichen Raums, dessen Dimensionen erst allmählich als konkrete Größen ins Bewußtsein eindringen. Der Spielraum planetarischer Politik besteht vielfach aus unzusammenhängenden Territorien; Kohärenz zwischen ihnen wird nicht so sehr durch Intensivierung des Verkehrs, sondern vielmehr durch das Bestreben der planetarischen Mächte gestiftet, die jeweils eigenen Einflußsphären zu konsolidieren und gegen andere abzugrenzen. Dieses Bestreben war intensiv und hat heftige Kämpfe ausgelöst, diese wurden dennoch nach heutigen Kriterien meistens in gemächlichem Tempo und durch das Aufgebot relativ kleiner Kräfte an wenigen entscheidenden Stellen geführt.